

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Leipzig.
Boden & Comp., Nr. 20021.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Buchdruckerei:
Gebr. Schmid, Dresden.

Abo-Preis: jährlich 120 M., monatlich 275 M., durch
zu Post bezogen vierjährlich 825 M., einer Ausgabe für Deutschland
und Österreich 12.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettiner Platz 10. Tel. 25261.
Zeitung nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettiner Platz 10. Tel. 25261.
Geschäftsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die ungefaltete Nummernseite 1.20 M., Familienanzeige
1.09 M., die gefaltete Zeitungseite 1.50 M., einschließlich Unterstellsteuer. Bei
mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Interesse hat im Voraus zu bezahlen. Ohne Ver-
pflichtung zu Aufnahme an vorgefahrene Tage. Für Strafverbreitung 20 M.

Nr. 11

Dresden, Donnerstag den 15. Januar 1920

31. Jahrg.

Die Demagogen und ihre Opfer

Orgien unabhängiger Verdrehung

Wie voranzusehen war, bemüht sich die Presse der Unabhängigkeits, die Berliner Tatsachen auf den Kopf zu stellen. „Die Regierung läuft auf Proletariat loschen!“ — „Die Politik der Gewalt triumphiert!“ Mit solchen Schlagworten deuten die Unabhängigkeits ihre Blutjagd zu verlücken. Unmittelbar folgend auf den blutigen Ausschreitungen der Demonstranten sind nur vielleicht ein Dutzend gemeiner Raubbolden und Verbrecher, Jubiläer, Hesse der Großstadt, die sich in die Menge geworfen hatten und sie zu Angriffen auf die Sicherheitspolizisten auflegten. Die Parteileitungen der Unabhängigkeits und der Kommunisten müssten aber wissen, daß bei einer über Hals und Kopf idiotisch organisierten Nebberalltagsdemonstration die Einmündung von wüstem Feind unvermeidlich war. Darum haben sie sich der Verantwortung für das Geschehene in keiner Weise entzogen. „Der als Augenzeuge“, schreibt unter Berliner Mitarbeiter, „die blutigen Vorgänge des 13. Januar beobachtet hat, kann nur sagen: nur ein Berrückter, der nicht mehr ruhig zu beobachten imstande ist, oder ein bewußter Lügner kann behaupten, daß die Regierung oder ihre Organe an diesem Blutvergießen irgendeine Schuld tragen. Es wäre dann, man weiß es, die Schuld der Regierung darin, daß sie den Belagerungszaun zu früh aufgebrochen und dem Treiben der Putzhäuser einen so weiten Spielraum gelassen habe.“

In den letzten Tagen wurde in den unabhängigen Zeitungen ein Aufruf für die Altköniglatur erlassen, der unterzeichnet war von der Zentrale der Betriebsräte, der Kommunistischen Partei Deutschlands und der U. S. P. „Heraus zum Kampf gegen das Betriebsrätegesetz! Für das revolutionäre Mäzenatentum!“ heißt es darin. Von den Berliner Demonstranten wurden Flugblätter des Spartakusbundes verteilt, die scharfe Angriffe gegen Noske, Ebert und Scheidemann enthielten und in denen zum Schluss aufgerufen wurde: „Macht euch bereit! Rücksicht mit der Militärmönarchie! Es lebe die proletarische Diktatur! Es lebe die Räterepublik!“

Dieser Schrei nach der Räterepublik ist der Schrei nach der Gewalt einer Minderheit und bleibt ein Beweis dafür, wie naiv von den Revolutionshülfekern das Deutscherne des Volkes eingeschätzt wird, wenn diese Gewaltmeier sich nach den traurigen Berliner Vorläufen über eine Polizei der Gewalt beschwören. Das Sicherheitsmannschaften entwaffnet, mißhandelt, gestoßen wurden, ehe auch nur ein Schuß losging, daß Reichstagsabgeordnete insuliert wurden, was schert sich darum eine Partei wie die U. S. P., deren ganze Agitation sich auf Demagogie und politischer Verleumdung aufbaut. Die Linkskräfte können diese Gewalttaten zwar nicht zugeben, aber wie wüt's, wenn man einfach sagt, das alles seien wahrscheinlich Spiegel verübt? So denkt und arbeitet die Leipziger Volkszeitung. Freisch und unverkoren greift sie zu dem alten bewährten Spiegelstücke. Sind es vielleicht auch Spiegel, die seit Wochen zum Generalstreik holen? Oder sind die Kommunisten vielleicht Spiegel, die das Verhältnis zum Terror in ihr Programm aufgenommen haben und mit denen die U. S. P. gegenwärtig bis zum nächsten Bork verbündet ist?

Das Spiegel der Unverantwortlichkeit erlässt das biegsige unabhängige Blättchen. Es schreibt:

„Abermals hat die Ordnungshölle in Berlin gehaust und zahlreiche Proletarienopfer an Toten und Verwundeten gefordert. Nicht genug ein Jahr ist es her, daß die Reichsbauhütte der Schauspiel ähnlicher blutiger Vorgänge war. Man könnte meinen, als ob die rechtssozialistisch-blutige Meute die schlimmen Tage mit neuen, ebenso grausamen Bluttaten in Erinnerung bringen wollte. Das Truppenaufgebot mußte provozierend wirken. Der Rückzug des Massenbewußten Proletariats der ganzen Welt ist auf immer dieser Spiegel führt, die förmlich noch Arbeiterblut zu lecken scheint.“

Das Blatt hat es mit der Verdrehung der Tatsachen so eilig, daß dabei die Regeln der deutschen Grammatik wieder einmal in peinlicher Weise zu kurz kommen. „Man könnte meinen, als ob die rechtssozialistisch-blutige Meute diese schlimmen Tage mit neuen, ebenso grausamen Bluttaten in Erinnerung bringen wollte.“ Die Vergerrung der Wahrheit feiert in diesem Satz mit der Verzerrung der deutschen Sprache eine peinliche Orgie. „Das Truppenaufgebot mußte provozierend wirken.“ Will das Blättchen damit die an der Sicherheitswacht begangenen Gewalttaten rechtfertigen? Die Kritik der linkstradikalen Putzhäuser trieb ihre Anhängerchaft und die Sicherheitspolizei geradezu gegeneinander. Nachdem man in Berlin der verblendeten Anhängerchaft ein Jahr lang eingeredet hat, ein grüner Sicherheitspolizist von Berlin sei unter allen Umständen ein Hund und ein Rassenhasser, mußte ein Wunder geschehen, wenn die Faschisten abgingen.

An Sachsen arbeitende Bevölkerung!

Schriftmacher für die drohende reaktionäre Gewaltherrschaft.

Denkt daran, wie auf dem deutschnationalen Parteitag die alten Volksfeinde wieder das Haupt erhoben! Denkt auch an Ungarn!

Rut eine jetzt auf dem Boden der Demokratie des Volksfürstens scheinende Regierung — wie wir sie seit Jahrzehnten fordert haben — kann uns die in der Revolution eroberte Freiheit erhalten und die Not auf jenes Mindestmaß herabdrücken, das in der schweren Zeit möglich ist.

Dortum, wenn auch die Bedürfnisse immer ärger werden, wenn auch manche Maßnahmen zuerst nicht zu verstehen sind,

bewahrt die Besonnenheit!

Urteilt auch in diesen Stunden erneute Aufregung mit Ruhe! Lasset euch nicht zu törichten Überzeugungen verleiten, die einer und eurer Volksgenossen Unglück sein müssten! Bedenkt, daß wir jetzt noch das frischste Volk der Welt sind und alles durch unbekannte Gewalttätigkeiten aus Spiel gesetzt wird! Seid euch in diesen Tagen als einfältige, organisirte Arbeitervolk! Weist Prosvokateure zurück!

Geht nicht auf die Straße!

Arbeitet geschlossen mit uns an der Überwindung der Schwierigkeiten und am Aufbau der neuen Zeit, die nur so eine bessere werden kann! Euer Panier sei nach wie vor:

Hoch die Demokratie!

Hoch der Sozialismus!

Nieder mit der Reaktion von rechts und links!

Der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei Sachsen

Kühn, Dresden, Hagen, Leipzig, Mehnert, Chemnitz, Meyer, Zwieden.

Die sozialdemokratische Fraktion der Sächsischen

Volksschamber

A. Stindermann, A. Wilh.

fünf Portale sind mit Maschinengewehren besetzt. In der Sonnenstraße wurde ein großer Haufen aufgerichtet mit der Aufschrift: Wer weiter geht, wird erschossen. Die Wilhelmstraße ist durch Drahtverhau abgesperrt.

Verhaftungen

Berlin, 15. Januar. Als Folge der gestrigen Ausschreitungen vor dem Reichstagsgebäude sind bisher 15 Verhaftungen von Deutzen vorgenommen worden, die ei unbedingt als Mithelfer der Bewegung erklärt werden sind. Weitere Verhaftungen dürften bevorstehen, sobald die Untersuchung der Vorfälle, die vom preußischen Minister des Innern Heine mit Staatsanwalt Humboldt vorgenommen wird, ergeben hat. Weitere Personen an der Aufstellung der Menge noch beteiligt waren.

Die vermissten Sicherheitsbeamten

Berlin, 15. Januar. Während der beiden vermissten Sicherheitsbeamten den Tod gefunden haben, ist der andere, der Linienbeamte, Weg von der Treppe des Reichstagsgebäudes abgestürzt. Der Beamte wurde auf der Treppe des Reichstags von halbwüchsigen Jungen, die Motorraduniform trugen, und einem Mann, der ein Ausländer zu sein scheint, entwaffnet und fortgeschleppt. Die Jungen bedrohten den Polizisten mit Pistolen und erklärten ihm, daß sie ihn niederschlagen würden, wenn er zu fliehen versucht. Weg wurde nach Moabit in einen Keller verschleppt, wo man den Beamten knüpfte. Moabit bis aufs letzte ausplünderte und dann sehr wildartig bestohlen ließen ließ.

Eine Verordnung Moskau

Berlin, 15. Januar. Eine neue Verordnung des Oberbefehlshabers Moskau verbietet folgendes: Jede wirtschaftliche Verböschung und Schädigung (Vandalismus) der Einwohnerrechte der Reichswehr und der technischen Stützpunkte sowie ihrer Familienmitglieder oder des Aufsichtsamt der Arbeitsgemeinschaften von Gewerken und Gewerkschaften und den Fried und Verlauf von Friedfestsitten verbietet. Eine andre Verordnung bestimmt, daß mit An- und Verlust von Fahrzeugen, Kamillen und Spezialgeräten.

eine geheime Konferenz der Unabhängigen und Kommunisten aufgenommen hat „Lebhaftes Wort heißt“ ist die Arbeit, um im einen Abend zu bewältigen. Sie finden am 15. Januar, das ist ein Sonntag, die Handhaben an der Börse des Soz. Soz. und Begegnungen zu erhalten. Die ethische Unzulänglichkeit der Partei mit den leugnen wissenden, die keine Reaktion ändern kann, der Anteil über diese Autoren und verdeckt. Verdeckt werden, wenn diese Autoren in weiterer Verdecktheit ausgetragen werden, können die ungewöhnlichen Wahlen ausdrücklich die Wahllokale bestimmen. Das soll verhindert werden durch die Wahllokale bestimmen.

Die Wahllokale werden abgeschnitten. Die Betriebe gut Erfolg angeworfen, die Zahl der Arbeitslosen nachts ins ungeheure, die Räume nimmt zu, die Wiederaufbau wird unterblieben, die Saugkraft verloren in Wahlen (Gutachten der U. Soz. für Schulden). Lebhafter Widerspruch am ganzen Hause. In diesem Werte glauben Sie zu den U. Soz., doch Ihre Zeit zusammen ist und das Sie auf dem entstandenen Trümmerfeld die kommunistische Gesellschaft erneut richten können. Es gibt kaum ein drückteres, verbrecherisches Unterfangen als diese Art politischer Belästigung. Jetzt wo 400.000 Arbeitergewerbe Hause kommen sollen und mit Schmerzen und Sehnsucht eider Elemente ein, jetzt werden die Blätter aufgeweicht, den Verdecktheit haben, jetzt fehlt diese Arbeit, die verdeckt werden müssen. (Lebhafte Bewegung im ganzen Hause, zurück bei den U. Soz.: Händler!) Sozialismus heißt Organisation und Arbeit heißt organisierte Aufführung zu höchsten Formen, sozialistische Arbeit aber nicht darin, das Volk noch mehr in das Leid hineinzutragen. Es bedarf keines Zweites, dass die bestimmt bestreitende Agitation. Wir befinden uns in Notwehr und müssen mit den schärfsten Maßnahmen

waggen. Die Regierung ist sich der Verantwortung bewusst der Bevölkerung gegenüber. (Lebhafte Beifall). Sie kann nicht Rücksicht nehmen auf eine verdeckte Minderheit, die vollständig das ganze Volk misst, um uns hineinzutragen in ein Trümmerfeld des namenlosen Angsts. Wir werden, so glaubt es bestimmt, der Unterstützung des Deutschen nicht sein und die öffentliche Meinung für uns halten. (Lebhafte Zustimmung; lebhafter Widerspruch bei den U. Soz.) Wir werden gegen die ungeliebten Utrechte vorgehen. (Ausrufe der U. Soz.: indem Sie die Freiheit verdient!) Wir werden diejenigen hinter Schloss und Riegel bringen,

die unser Volk völlig in den Abgrund hineintreiben. Wir werden alles tun, um die deutsche Nation vor dem Abgrund zu bewahren. Bei diesen Aufgaben bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. (Lebhafte anhaltende Beifall im ganzen Hause, Befehl bei den U. Soz.)

Abg. Schröder, Sodden (Dem.) erhält nun als Berichterstatter das Wort zur Fortsetzung seiner Rede. — Abg. Genter, Sodden (U. Soz.) verlässt verzweigt vom Schriftsteller das Wort zu erlangen. Die Unabhängigen, vor allem Frau Geyer, beginnen zu lärmern. Der Berichterstatter bleibt daher völlig unverändert. Der Raum nimmt immer mehr zu, erhöht durch Rufe und Beleidigungen zwischen den beiden sozialistischen Fraktionen. Schließlich ist der Berichterstatter mit seinen Ausführungen zu Ende. (Lebhafte Bravorufe aus der Rechten und in der Mitte des Raumes.)

Das Haus stimmt einem Vorschlag des Präsidenten Gehring, nach einem unabdingbaren Sozialismus das Wort zu geben, zu.

Abg. Genter (U. Soz.): Schild alle! hat die Regierung. Das Recht auf Demonstrationen lässt sich das Volk nicht nehmen. (Rufen.)

(Fortsetzung in der Folge.)

Die Besetzung der Abstimmungsgebiete

Folgende Übersicht über die Besetzung der Abstimmungsgebiete geht dem W. L. D. von zuständiger Stelle zu:

1. Von Schleswig: Ein französisches Bataillon trifft vom 20. bis 22. Januar in Habersleben und Schwerin ein, ein englisches Bataillon am 25. Januar zu Flensburg.

2. Danzig: Danzig wird von zwei englischen und einem französischen Bataillon besetzt. Der erste Zug trifft auf Station Brauns auf 4. Februar ein.

3. Bezirk Marienwerder: Ein italienisches Bataillon trifft am 25. Januar in Deutsch-Eulau ein, detachiert von dort nach Marienwerder und Marienburg. Die detachierten Kompanien werden in den ersten Februarwochen auch durch je ein halbes englisches Bataillon abgelöst.

4. Bezirk Allenstein: Am 30. und 31. Januar trifft ein Bataillon Engländer in Lyck ein, von dem später ein halbes Bataillon nach Sensburg geführt wird. Am 4. und 5. Februar trifft ein zweites englisches Bataillon in Allenstein und Osterode ein, das später gleichmäßig auf beide Orte verteilt wird.

5. Neapel wird Anfang Februar von einem französischen und einem englischen Bataillon besetzt.

6. Oberschlesien wird am 26. Januar besetzt. Die Franzosen beginnen an der Südküste. Die genaue Verteilung zwischen den Alliierten steht noch nicht fest. Nebenfalls wird der südwästliche Teil von den Italienern, der mittlere Streifen von den Franzosen und der nördliche Teil von den Engländern besetzt.

Anspruchsvolle Gäste

Oppeln, 15. Januar. Gekommen waren der Quartiermeister der nach Oberschlesien zwecks Überwachung der Volksabstimmung zu legenden Entente-Kommission, der französische Oberleutnant Thomas, in Begleitung eines französischen Kapitäns und des preußischen Deutnants v. Bonnich, eines Kessels des bekannten Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, von Breslau kommend in Oppeln ein, um Verhandlungen mit der Regierung und der Stadtverwaltung zur Unterbringung der Entente-Kommission und der Truppen zu führen, da Oppeln zum Tag der Kommission aussersehen ist. Die Stadt Löwen soll außer etwa 70 Bureaudrämmen und über 200 Wohnungen für die Offiziere und deren Familien noch Mässungen für die Truppen stellen. Die Stadt erhält ein Regiment Infanterie und eine Batterie Artillerie sowie Grenadiere, deren Ankunft in einigen Tagen zu erwarten ist. Die Kommission führt von Oppeln nach Katzbach und von da nach dem Industriegebiet weiter. Der Regierungspräsident Mitta wird wahrscheinlich reines Posten entbunden werden und bis auf weiteres der Entente-Kommission zur Seite stehen.

Die gescheiterte Einigung

Aus Danzig wird dem Kommissar folgende Erklärung mitgeteilt: Die am 12. Januar tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt nimmt Abstimmung vor dem Bericht des Parteidélegaten und vor dem ergebnislosen Abzug des Parteidélegaten.

Die Versammlung ist mit der Haltung der Delegierten einverstanden und erkennt an, dass die Delegierten alles getan haben,

um die Einigung zustande zu bringen. Die Versammlung erklärt folgendes:

Sonnefeld hat der Verlauf des Parteidélegaten bewiesen, dass auf Seiten der U. S. P. der ehrliche Wille zur Einigung nicht vorhanden und an dem einzigen Bericht der U. S. P. bestreitet ist. Bei Amt dieser Initiative erklärt die Versammlung die formelle Einigung als nicht geschaffen und bestreitet sich noch wie vor als Sozialdemokratischer Verein innerhalb der Sozialdemokratischen Partei für die freie Stadt Danzig.

Die verhandelten Parteidélegaten und -genossen geloben, ihre ganze Kraft für die Sozialdemokratische Partei und die Verwirklichung des Sozialismus einzugehen und alle hierzu zweckdienlichen Mittel einzusetzen.

Die Einigung wurde einstimmig gefasst.

Der Fall Eklarz

Zudem schenkt am 28. Dezember eine erste Sitzung des sozialdemokratischen Ausschusses zum Fall Eklarz stattgefunden hat, was er am 9. und 10. Januar vollständig zu ausgedehnten Sitzungen im Ausschussgebäude vertrat. Der Ausschuss besteht aus den sozialdemokratischen Abgeordneten: Weiß, Megdeburg, Th. Fischer, Berlin, Klug, Vorwurf, Einhorn, Dörrmann, Dresden, Sollmann, Münch, Laubholz, Görlitz, Vogel, Nürnberg. Der Vorwurf führt Abgeordneter Sollmann, der Ausschuss besteht aus den Abgeordneten Schröder, dem Berliner Polizeipräsidenten Eugen Kunz, die bei der Veröffentlichung der sogenannten Entschließungen die genannten Herren Baumgärtner, Sonnenfeld und Georg Stöhr, den Schwedenbergsche Scheidemanns, Henz, und den Bezirksschreiber der Reichsjustizkanzlei. Der Reichsjustizschreiber hat sich ebenfalls an den Verhandlungen gegenüber dem Ausschuss schriftlich und mündlich geäußert. Von dem Reichsjustizschreiber und dem Abgeordneten Weiß lagen schriftliche Aussagen vor. Durch persönliche Gegenüberstellungen der Hauptvertreter suchte der Ausschuss Widersprüche aufzulösen und die volle Wahrheit zu ermitteln. Der Abgeordnete Davidsohn konnte einzuholen nicht gehört werden, da er sich auf einer Vorortstrecke in Holland befindet. Der Reichsjustizschreiber, der einen langen Urlaub in Süddeutschland verbringt, wird erst Ende der kommenden Woche in Berlin wieder eintreffen. Der Ausschuss beschäftigt sowohl Davidsohn wie Rosenthal als möglich noch zu früh. Sonnenfeld jun. ist zur Zeit noch in Holland, also für den Ausschuss einzuholen unerreichbar. Er soll ebenfalls so bald als möglich noch geholt werden.

Der Ausschuss beschäftigt, über seine Verhandlungen noch breiter Abschluss einen ausführlichen Bericht zu veröffentlichen. Dieser Bericht wird sicher ein wertvolles Beitrag zur Klärung des so genannten Falles Eklarz und seiner monatelangen Verwertung durch die Presse werden. Für das bisherige Ergebnis der Untersuchung und die Ausschüsse, die die Auschüsseglieder gewonnen haben, ist wohl ein Antrag bestehend, den der Ausschuss einstimmig am 10. Januar an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerichtet hat. Er beantragt beim Vorstand, die Parteidélegaten, die im Zusammenhang mit dem Fall Eklarz in der Presse oder sonst in der Öffentlichkeit ehrenhaft angegriffen werden, zur Erhebung von gerichtlichen Klagen aufzufordern und ihnen auf Parteidélegaten Rechtschafft zu gewähren. Es handelt sich nicht nur um die Ehre der Parteidélegaten, sondern noch mehr um das Ansehen der Partei. Solche Brüder dürfen nicht etwa unterbleiben, weil sie am angeklagten Parteidélegaten die Mittel zur Durchführung der Prozeßschieden.

Die Untersuchung der Behauptung, dass Scheidemann auf den Tod Bieckels und Frau Zugemürgs eine Belohnung ausgeschafft habe, wurde von dem Ausschuss im Einvernehmen mit Herrn

Sonnefeld aus den Arbeiten aufgezögert, weil in dieser Angelegenheit hauptsächlich ein Berufsschicksal gegen Sonnenfeld spricht. Herr Sonnenfeld hat aber vor dem Ausschuss mit grobem Nachdruck erklärt, dass er niemals an die Wahl zu dem erstaunlichen Schicksal geglaubt habe. Er trage wider Erwarten noch einen anderen Namen als Sozialdemokratisches Volk bezeichneten ein solches Verbrechen zu. Tatsächlich Herr Sonnenfeld war vom Ausschuss bestimmt, ihm zugute zu bringen, ob die Wahlen in der Tiefenstadt gegen führende Sozialdemokraten ausgewichen seien und welche Konsequenzen gemacht zu werden. Sie selbst könnten aus eigenem Weise keine ehrenwerten Behauptungen gegen sozialdemokratische Parteidélegaten erleben. Da die Herren Sonnenfeld und Baumgärtner erkannten, alles in ihren Händen befindliche oder ihnen bekannte Material dem Ausschuss übermittelt zu haben, und da nur wenige Verhandlungen ausgetragen waren, so dass der Ausschuss seine Arbeiten binnen kurzem beendigen kann.

Deutsches Reich

Rücktritt des Reichschausministers

Das Rücktrittsdekret des Reichschausministers Bauer, bekannt, ist vom Kabinett genehmigt worden.

Schleswig wird ein Kabinettsmitglied. Der bekannte Korvettenkapitän Novak nahm am Dienstag Mittwoch zu sich und stand bald darauf. Er wurde oft als erfolgreicher Verteidigungsminister erwähnt und verehrt u. a. das Kaiserliche Großkampfschiff Danzig.

Vorwurf gegen den Kabinettschef auf Eisener. Vor dem Vorwurf ist nichts zu tun. Dennoch benannt heute die Verhandlung in dem Vorwurf gegen den Studenten Grafen Anton Leo-Palau, der beschuldigt wird, am 21. Februar v. d. S. das Stenogramm auf den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner verübt zu haben.

Letzte Telegramme

(Eigene Nachrichten.)

Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen

Rotterdam, 15. Januar. Dazu Mai melbet: Der englische Minister hat in seiner Sitzung vom Sonntag, der 12. Januar, nicht teilnehmen können, die Aufbewahrung aller wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Deutschland befolgt. Die deutsche Flotte wird am Montag erstmals als offizielle an die Londoner Börse wieder notiert. Am diesem Tage notierte die Mark mit 1/2 Schilling.

Die Auslieferungsliste

Paris, 15. Januar. Die am Dienstag von den interalliierten Telegrafen aufgestellte Liste der von Deutschland auszuliefernden Gefangenen umfasst 889 Personen, von denen 810 von Frankreich gefordert werden. Die Liste und die begleitenden Berichte befinden sich gegenwärtig in Paris.

Frankreichs Präsidentschafts-Anwärter

Paris, 19. Januar. Das große Ereignis des Tages ist die Amtseinführung Tschandels als Kandidat für die Präsidentschaft der Republik. Wie es heißt, sind es lediglich Gruppen der Linken gewesen, die gestern nach der Vermehrung einer großen Ovation für Tschandels bestanden haben. Aber es scheint doch, dass eine große Anzahl von Deputierten daran teilgenommen hat. Die Kandidatur Tschandels veranlasste in den Bürozimmer eine große Bewegung. Nach einigen Minuten wird jedoch die Kommandatur Deschamps nicht die einzige Kandidatur gegen Clemenceau sein, sondern man spricht auch von Leon Bourgeois und Poingard als Gegenkandidaten Clemenceaus.

Die Hohe Interalliierte Kommission hat fünf Verordnungen über die Verwaltung und Rechtsprechung im besetzten Rheinland erlassen, die angeben, wie die Alliierten in den nächsten 15 Jahren dort zu regieren gedachten. Die Reichsregierung hat sofort gegen die Abwagegefege Einspruch erhoben. Was immer aber aus diesem Protest und diversen Verordnungen wird, ihr bloßer Erfolg ist schon so charakteristisch für den Geist, in dem die französische und englische Regierung den jetzt ratifizierten Frieden ausspielen, dass sie als Dokument für ewige Zeiten vorlieben müssen.

Nach Friedensschluss soll es gemäß dem Willen der Alliierten im Rheinland folgendemmaßen ausgehen:

Gesetz ist, was die Hohe Interalliierte Kommission verordnet. Die Gesetze des Reiches und der deutschen Länder seien nur so weit, als die Hohe Kommission sie in Kraft setzt. Jedes neue deutsche Gesetz kann sie durch Erheben eines Widerprotests binnen fünf Tagen ablehnen. Aber auch wenn sie die Frist verstrichen hat, bedarf sie sich das Recht vor, jedes beliebige deutsche oder preußische Gesetz jederzeit außer Kraft zu setzen.

Gericht und Gerichtsurteil ist im wesentlichen auch das, was die Hohe Interalliierte Kommission bestimmt. In der Rechtsprechung und Rechtsbarkeit ist die deutsche Souveränität restlos bestellt. Der Gerichtsbarkeit der französischen Militärgerichte im Strafachen unterliegen die Angehörigen der Besatzungstruppe und die ihr unterstellten Personen sowie die Mitglieder der Hohe Kommission mit ihren Familien und deren gefährliches Personal mit seinen Familien. Außerdem aber sind die französischen und englischen Militärgerichte zu ständig auch gegen alle Deutschen, wenn es sich um Zwiderhandlungen gegen die von der Hohe Kommission erlassenen Verordnungen handelt. Auf Basis jedes Offiziers der Besatzungstruppe haben die deutschen Befehlshaber jeden Deutschen, von dem die Besatzungstruppen behaupten, dass er gegen ihre Anordnungen verstohlen hätte, sofort zu verhaften und dem nächsten Befehlshaber der Alliierten und dessen Truppen zu übergeben. Am übrigen ist die Entente-Militärjustiz durch eine Generalklausel gegen alle Anfechtungen gekämpft: die Hohe Kommission wird selbst den Kreis der Taten bestimmen, welche vor alliierten Militärgerichten gebracht werden, sie wird das Verfahren regeln, gegebenenfalls die Vollstreckung beaufsichtigen, begnügen, die Strafaussetzung und sonst inn, was ihr beliebt; jenseits sie den deutschen Gerichten einen Fall überlässt, wird sie sich über das Verfahren und das Urteil regelmäßig Bericht erstatten lassen, sie wird alle Urteile und Beweisfälle einfordern, die sie haben möchte, und überwacht oberster Richter sein. In Justiziation wird die Hohe Interalliierte Kommission besondere Gerichte schaffen, die die Bezeichnung: "Gerichte der Hohe Kommission" führen. Gedeckt mit der Entente irgendwie in Beziehung stehende Person, die sich durch ein deutsches Gerichtsurteil bestellt glaubt, kann bei dem Gericht der Hohe Kommission Berufung einlegen, und diese entscheidet endgültig über Zuständigkeit, Verfahrensart und Sache.

Damit ist die Rechtssicherheit im besetzten Rheinland vollkommen aufgehoben, und das auch jede persönliche Sicherheit aufhört, dafür sorgen Bestimmungen vom Schlag der folgenden:

Jede Person, deren Worte, Gebärde oder Haltung mit Bezug auf Mitglieder der Hohe Kommission oder ihr gegebe-

nisse oder mit Bezug auf die Besatzungstruppen oder irgendeinen Trupp oder mit Bezug auf die Zuhörer oder ein militärisches Emblem der Alliierten und Alliierten sich als bestmöglich oder unbestmöglich kennzeichnen, verurteilt diejenigen Strafen, die zur Durchführung der Verordnungen der Hohe Kommission vorgesehen sind.

Wehe dem, der die Nächte eines französischen Hauptmanns nicht ehrenhaft genug behandelt oder dem Liebesbriefen eines schwarzen Kommissars nicht tauglich genug nachkommt! Er hat sich unrichtig benannt — und das Weitere befiehlt das französische Militärgericht. Dieses urteilt auch über das Verbrechen ab, die Alliierten oder die Offiziere in Uniform der alliierten und besetzten Mächte nicht zu gründen, wozu jeder Deutsche in Dienststellung verpflichtet ist. Aber wer gar keine Handlung beginnt oder begeht, die den Frieden hat, Märschierung, Unzüchtigkeit, Neuerkei oder Disziplinlosigkeit unter den Besatzungstruppen zu erregen, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft.

Einige weitere Bestimmungen gewähren dem Deutschen, die in den vierzehn Monaten des Westfrontlandes Landesverrat getrieben haben, Straffreiheit, desgleichen den alliierten Kaufleuten, die irgendwelche Form von Schleichhandel betreiben. Nicht begnadigt aber werden die deutlichen Beamten, welche die Franzosen und Engländer in der Westfrontstandzeit aus Kent und Heimat vertrieben haben; sie dürfen nur mit Genehmigung der Hohe Kommission zurückkehren. Dafür behält die Hohe Kommission auch für die Zukunft vor, jeden ihr möglichen Menschen durch einen einfachen Befehl aus dem besetzten Gebiet auszuweisen. Der Patriasmus ist tot, aber die administrative Verbindung ist im Rheinland neu erstanden.

Auf Erluchen der Beamten der Hohe Kommission sind ihnen Briefe und Postsendungen jeder Art zu beliebiger Verwendung auszuliefern. Auch der Telegrafen- und Fernsprechverkehr kann jederzeit überwacht werden. Zeitungen, Zeitungen, Plakate, Broschüren mit Text und Bildern, die der Hohe Kommission nicht gefallen, können verboten werden, Zeitungen bis zu drei Monaten. Verhandlungen, die in der Regel 48 Stunden vorher anummelden sind, können von der Hohe Kommission verboten werden. Endlich wird den Angestellten der Eisenbahn, der Eisenbahnerwerken, der Telegraphen-, Telefon- und Postverwaltung, der Schifffahrt, der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke das Streitrecht entzogen und zum Schluss bestimmt noch einmal eine Generalklausel:

Ungeachtet aller Vorwürfen der geltenden deutschen Gesetze darf keine deutsche Schöde im besetzten Gebiet eine Entscheidung, die auf Grund des deutschen Rechts getroffen ist, ihr unanfechtbar erklären.

Rur die Entente und ihr Recht gelten, der Deutsche und sein Recht sind vogelrei. Freiheit, Volksversammlungsfreiheit und Streikfreiheit sind aufgegeben. Briegeheimnis und Verfeindtheit bestehen nicht mehr, tausend Fehlerblätter sorgen jedem Tag dafür, dass die Bevölkerung des Rheinlandes sich auch als Elsässer fühlt, und welcher Deutsche verlässt und sich in den Dienst des Feindes stellt, der kann es sein haben, während jeder ehrliche Mann von vornherein rechtfertigt ist.

Das ist das Ende des Krieges für die Befreiung der Völker! Das ist das Ergebnis des Friedens der ewigen Gerechtigkeit! Das ist das erste leuchtende Kapitel des Weltverbundes. Kein deutscher Stamm liebt die Freiheit so innig wie die Rheinländer. Sie werden die Alliierten hassen lernen.

Nationalversammlung

Vorlesung aus dem Sonnabend.

Parteilicher Minister keine:

Auf die politischen Wohnungsbauern kann hier in jede Partei geschaut werden. Auf das, was geschehen wäre, wenn ich das Haus übernehmen könnten, habe ich mich in jedem Falle die Parteibehörde gefragt und den Antwort gegeben, unter allen Umständen zuvor nicht und den Nutzen zu einem anderen Haushalt demonstriert. Dazu haben Sie kein Recht! (Lachen.) Die Sicherheitspolizei ist eine bewaffnete Polizei gegen das Volk und darüber nicht von Anfang an so getan worden. Der Herr Seemann ist angeklagt und bedroht worden, andere Räume von den Zeitungen und Journals, wie die Presse, gesucht wurden durch Presse, die auf der Menge und auf dem Platz vor der waren, um die Menge zu entzünden, so dass es immer wieder brannte. Die Mietshäuser der Sicherheitspolizei erlangten es, dass sie beleidigt und beschimpft wurden. Sie konnten sich schließlich nicht mehr erlauben Hilfe gesucht wurden, fanden ebenfalls in große Gefahr. Sie wurden zum Teil gleichzeitig entzündet und fanden später verbrannt. (Lachen der Unabhängigen; Propst: Einzelne Personen im ganzen Lande.) Wir haben bei den politischen Feindschaften einen Toten und sechs bis acht Schwerverwundete und Nähe, als

der erste Schuß

fiel. Es ist von augen gekommen und ging durch beide Türen hindurch. Ein überläufiger Schuss hat gelehnt, dass ein Mann draußen auf den Flanze entsteht und schoss und dann das Gewehr weiter. Das Mädchen vom dem zufällig losgegangenen Schuß schautte sich Mensch, Frau war der erste Schuß gefallen, da schautte die Person, dass ihre Sohn Arme tragen sollte. (Großer Lärm bei den Unabhängigen, die ersten gegen den Minister vorbrachten. Propst: Jetzt und der Frau, Bismarck, die den Minister Bekleidet) nennen, werden zur Leidenschaft verurteilt. Da ist ein Unabhängig in den Reichstagsräumen unter und sie: Spiegel, bis am Portal II die Sicherheitswehr von der Waffe Gebrauch machte. Ich habe in dieser Zeit gesehen, wie die Presse der Sicherheitswehr, die in die Massen gerieten, mitschallt und entwaffnet wurden. Die Massen, die sich nunmehr vor Portal II aufgerichtet von den Abgeordneten Bubel und Frau Sieg.

Sicherliche, andauernde Bewegung im ganzen Lande. Die meisten Abgeordneten erheben sich erregt von ihren Söhnen. Aufstehen für Sieg. Einige mehrheitssouveräne Abgeordnete drängen auf die Unabhängigen ein. (Großer Lärm.) Nach der Ab-

wehr und Frau Sieg sollen die Menge aufrufen haben. Das Reichstaggebäude gehört dem Volke, nicht der Sicherheitswehr!

Die wütige, was ihr zu tun habe! (Gemeinsame Übereinstimmung)

Als dieser Ausruf an die Masse erfolgte drängte die Welle immer mehr an die Sicherheitswehr heran. In diesem Augenblick standen bereits bewunderte Mitglieder der Sicherheitswehr am Portal II und sagten, es solle nicht geschossen werden. Dieser entgegnete: "Sollten sich unsre Leute vielleicht die Augen ausschälen lassen?" (Hört, hört!) Die Männchen standen die Front entlang mit dem Rücken an der Wand. Die Massen waren nur vier bis fünf Meter von ihnen entfernt. In diesem Augenblick hat der diensttuende Offizier die Masse aufgerufen, zurückzugehen. Diese drohte aber weiter. Es war eine Frage von Gefangen. Wäre nicht geschossen worden, so wäre die Sicherheitswehr überwältigt worden, und die Menge wäre in das Reichstaggebäude eingedrungen. (Bemerkung.) Es wurde erklart, dass sie früher schiessen können. Ich übernahm die Verantwortung dafür, dass nicht früher geschossen wurde, obwohl es mir in der Seele tut, dass eine so erhebliche Anzahl tödlicher und sich aufschießender Waffen kommt beständig worden ist und einer gelöst wurde. Ich spreche Ihnen für Ihre Haltung meinen Dank aus. (Lebt der Herr Bubel.) Heute morgen ist die Freiheit, die bereits gebracht war, an der Menge verhindert worden. (Ausruf der II. Soz.: Weil die Wahrheit dem siech! Achsen.) Der Minister verließ einige Tage aus der Freiheit, in denen festgestellt wird, dass die Polizeitruppen eben bis zu den oberen Treppenabsätzen zurückgedrängt waren, doch ihnen Neuwache Handgranaten und Maschinengewehre weggenommen und diese zerstört wurden. (Hört, hört!) Wie ist es, wenn die Freiheit behauptet, dass auf die Menge Blasen geschossen werden müsse. In der Stelen Zelle, deren Erbauer ebenfalls verhindert wurde, wird erklärt, dass die Masse sich musterhaft rückt verhielt. Es ist eine selbstverständliche Tat gewesen, dass die beiden Schandmäder heute unterdrückt wurden. (Großer Lärm der II. Soz., die Beleidigungen gegen den Minister austosteten. Die Abgeordneten Bubel und Bismarck werden zur Verhandlung berufen.)

Herr Henke sagte: Sieg oder Tod! Ja, er steht dabei den Tod der anderen. (Auszählung.) Diesen Verbrechen gegen-

über, die das ganze Volk in den Tod hinführten wollen, wird das ganze deutsche Volk einig sein, wäre die richtige Ausprägung dieses Sachen wird die Karlsruhe übernommen. (Beifall.)

Abg. Henke (II. Soz.) erachtet unter lebhaftem Widerspruch der Reden überwiegend das Wort und führt aus, dass Minister keine die ganze Sache gemacht habe, um Abwehrmaßnahmen gegen das Volk zu betreiben. Es sei eine Sache, wenn der Minister behauptet, er (Herr) hätte Unruhe angezettelt. (Erwiderung auf.)

Abg. Henke (Soz.) distanziert, denn Betriebsordnungen eine solche Hoffnung zu geben, die dem Arbeitnehmer eine neue Stellung in unserem Wirtschaftsleben einräumen. Die Unabhängigkeit gewährt mit ihrer beiden Stimmen die Annahme manches von uns beobachteten Antrags bekräftigend. Wenn, aber sie schlägt bei den meisten Sitzungen, sollten sie keine Anträge, ja, drohten sogar Betriebs-

verhandlungen durch Stimmenthaltung zu stellen.

Abg. Schwabe (Soz.): Das Betriebsordnungsrecht wäre auch geformt, wenn wir keine Revolution gehabt hätten. Auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter muss das Betriebsordnungsrecht Anwendung finden. Beide kann nur das Wahlalter von 18 Jahren erzeugen, weil es auch politische Pflichten haben kann.

Abg. Weinhausen (Dem.): Es ist jetzt, dass das Gesetz verabschiedet wird, schon damit ein Schlag gegen die vielen Betriebsstreiks vorliegen ist. Wir erwarten, dass die Regierung ein Gesetz über obligatorische Schiedsgerichte spätestens in der Februartagung vorlegt.

Abg. Schulte (Nat. Soz.): Dem Gesetz ist noch kein Gesetz von einschneidender wirtschaftlicher Wirkung vorgelegt worden. Die jetzige Vorlage wird die Politisierung der Betriebe im Sinne der Kommunisten zur Folge haben. Das ist unbedingt nötig ist. Teile dieser Veröffentlichung erweisen sich unverantwortlich gemacht werden kann einer Anzahl Beamten zur Kenntnis genommen sind. Am ehesten ist Kürzungen getroffen, das derartige Fülle sich nicht wiederholen. Von den gleichen Grundlinien geht das Ministerium des Innern aus und hat eine entsprechende Verordnung bereits erlassen.

Seitdem die halbamtliche Mitteilung. Es ist ja sehr erstaunlich, dass die gegenrevolutionäre Agitation bei den Beamten in Zukunft verbündet werden soll. Es fehlt uns nur der Raum an ein entscheidend Durchgreifen, was hier unbedingt nötig ist. Teile dieser Veröffentlichung erweisen sich unverantwortlich gemacht werden kann einer Anzahl Beamten zur Kenntnis genommen. Die Agitation soll nicht amtlich geübt werden. Wer kann da ein Vorsatz unterdrücken. Amtlich oder nicht — die Agitation ist entweder mit Wissen der Amtsvertreter oder von diesen selbst initiiert worden. Der Zweck aber war, die freiheitlichen Gewerkschaften und die jewige Regierung zu beflecken und die alten Zustände wieder herzurufen.

Ein soziales Turnverein ist hier um so mehr am Platze, weil eine solche gegen die Republik und die jewige Staatserziehung gerichtete Agitation einen Bruch des Treueides bedeutete, den die Beamten auf die Verfassung abgelegt haben, oder doch wenigstens eine Verleitung zu Gedanken. Die eigentlich Saubigen mögen die reaktionären Traditionen sein, die den Beamten in leitenden Stellungen stellieren sollte. Alles Klugblätter in großer Zahl mit entsprechenden Anmerkungen für die Verleitung zugesetzt haben. Das sind gewiss Leute, die sich früher so angelebt haben, als wäre ihnen nichts heiliger als der Treueid, die aber jetzt zeigen, dass alles nur Deutzels war und der Gud ihnen nur so lange, zeitig ist, wie er ihnen in den Arm geht.

Streik in sächsischen Eisenbahnwerkstätten

Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Gohlis und Oelsnitz sind, offenbar unter dem Einfluss der unabhängigen-spartistischen Agitation, am Mittwoch vormittag in den Streik getreten. Die Eisenbahnarbeiter und -beamten auf dem Leipziger Hauptbahnhof und im Aufzugsamt beteiligen sich nicht am Ausstande. Die Chemnitzer Werkstättenarbeiter haben ihre Trosch, in den Streik eingetreten, weil die Lohn erhöhung unzureichend ist, Lebensmittelwage gemacht. In den Zwölfer Eisenbahnwerkstätten errichteten drei unabhängige Agitatoren aus Leipzig, die die Arbeiter so lange aufzuweigten, bis ein Streikbelebungsstandort kam. Das ist nur erreicht worden, weil diese Leipziger Streikleiter den Zwölfer Werkstättenarbeitern vorwiegend, ne handeln im Auftrag des Eisenbahnverbandes und indem sie auch einen Mann als angeblichen Vertreter dieses Verbandes vorstellen. Der Eisenbahnarbeiterverband hat aber mit dieser Agitation nichts zu tun; der angebliche Vertreter ist ein kommunistischer Sendbote aus Berlin gewesen.

Daraus erzieht man aus neuem, dass die Streikmache, die trock bedauern Lohnabnahmen initiiert, das Werk kontinuierlich unabhängiger Drahtzieher ist.

Auswärts verbreitete Gerüchte über größere Arbeitsbeschlüsse in der Leipziger Industrie beruhen, dem Leipziger Tageblatt zufolge, auf Kombinationen. In einzelnen Betrieben sollen heute obige Abstimmungen stattfinden.

Dazu wird noch mitgeteilt, dass die Regierung glaubt, den Streik isolieren zu können. Die Eisenbahnbeamten sollen jede Verstärkung am Streik ablehnen. Neben die Verhandlungen zwischen den Eisenbahnern und der Regierung wird noch mitgeteilt: Bischof haben sie einen günstigen Verlauf genommen. In der Frage der Anpassung an die Verhältnisse in Preußen hat die sächsische Regierung die Schaffung von 5000 neuen Beamtenstellen zugesichert und dadurch ihre Bereitwilligkeit zur Vornahme einer gerechteren und besseren

arbeit nur, um sie sofort wieder wegzunehmen und nach dem festen sah sie nach den Händen von Bludels Mutter. "Mußt mit mir böß sein, Kleibinderin."

"Ich muß dir wohl danken," entgegnete diese lieber-geschlagen, "dass du mir noch heut' rechtzeitig damit in's Haus kommen bist und ich mit morgen vor all'n Leuten im Bett ein' Narren gleich schau'."

"Nimm's mit übel, Kleibinderin, doch ich's frei bedet', mir ist gleich d's Sach' nicht recht richtig vorkommen und ich mocht' schwer davon glauben, aber sag' selber, mußt' ich nit? Kount' ich mir denken, du wüsstest um nix? Freilich war mir ratschhaft, wie sich's hat schicken mögen, dass die einmal die Ringhofer Leut' redt sein, die du nie hast seiden mögen!"

"Nach all dem, heut' weniger wie je. Gesses, der gottlos Bub!"

"Aber was wahr is, Kleibinderin, is wahr, d' Schönste hätt' er an ihr."

Die Kleibinderin wies mit der Hand alle Schönheit entzücken von sich.

"Da, ich an deiner Stell' gib auch nix d'r auf. Teln Bub' is a braver Bub', ein guter Bub', aber d' Schönheit plägt' j'ust nit und ned' der Ringhofer Teln' kommt et gar nit auf. Heute ein Mann z' tief unter sein' Vermögen, es er feiner Bub' nicht seind' heut' er z' hoch über sein' Schönheit, is er's seiner Mutter."

"Mein' liebe Mähnerin, das is a basset Neden! Für mein' Bub' is mer d' Schönste g'rad faulst g'mig und wär' d' Ringhofer Teln' nur andrer Leut' Kind, so forget ich nit."

Bereitsch schon, aber so viel, wie du von deinem Muster, kann auch die Binschöler von ihrer Helen' halten, denn jede Mutter hat 's schönste Kind und die Alte achtet' s wohl für sein' Kind, die vom Himmel fällt, wenn dein John ihr Teln' zum Weib nährt! Mein' liebe Kleibinderin diese Sprache überzusteckt jedmal eine bissige Bille, die eine Aller der andern einwohnen Lust hatte, holt' du dein' Bub' je heut' d' wünst, aber o's Alrichbach mußt' ir mit senen; wo nur Leut' omis si ehenen Boden ohne Eltern zusammenfinden müssen, wird ihm kaum einer andern

"Desses! — So ein Unbedacht! — Heilige Mutter Bub' is heut' d' wünst, aber o's Alrichbach mußt' ir mit senen; wo nur Leut' omis si ehenen Boden ohne Eltern zusammenfinden müssen, wird ihm kaum einer andern

SLUB
Wir führen Wissen.

